

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Jochen Kohler

Erster Vizepräsident Karl Freller

Abg. Dr. Markus Büchler

Abg. Franz Bergmüller

Abg. Inge Aures

Abg. Sebastian Körber

Abg. Hans Friedl

Staatsminister Albert Füracker

Abg. Arif Taşdelen

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und Fraktion (CSU),

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Manfred Eibl u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Sicherung und Finanzierung des Verkehrsangebots im ÖPNV (Drs. 18/23381)

Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Kollegen Jochen Kohler für die CSU-Fraktion das Wort.

Jochen Kohler (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! In unserem Antrag geht es im Kern darum, dass der Freistaat zur Sicherstellung eines dauerhaften und zuverlässigen Verkehrsangebots die Verkehrsunternehmer, aber auch die Aufgabenträger unterstützen muss. Grund hierfür ist, dass seit Beginn der Corona-Pandemie die Verkehrsunternehmen ihr Angebot aufrechterhalten und dies trotz gesunkener Auslastung der Fahrzeuge. Die Corona-Pandemie wirkt sich auch im gesamten Jahr 2022 in Form von Mindereinnahmen aus. Zur Kompensation der mit gesunkener Auslastung verbundenen Ausfälle bei den Fahrgasterlösen haben Bund und Länder – die meisten wissen es – für die Jahre 2020 und 2021 den sogenannten ÖPNV-Rettungsschirm ins Leben gerufen. Der Bund hat jeweils zugesagt, sich an diesem Rettungsschirm hälftig zu beteiligen, also mit 50 %. Das ist auch gut so; denn die Unternehmen benötigen Planungssicherheit, um die notwendigen Vorkehrungen und Maßnahmen für das Verkehrsangebot treffen zu können, ohne – das ist entscheidend – existenzgefährdende Auswirkungen befürchten zu müssen. Diese gemeinsame Aktion muss nun aufgrund der Entwicklung des Pandemiegeschehens auch im Jahr 2022 unbedingt fortgesetzt werden. Im Koalitionsvertrag der Bundesregierung ist nun vorgesehen, dass der Bund die pandemiebedingten Einnahmeausfälle wie bisher ausgleicht. Im April 2022 hat das Kabinett beschlossen, einen Gesetzentwurf zur Änderung des Regionalisierungsgesetzes auf den Weg zu bringen. Am

20. Mai hat der Bundesrat das Gesetz genehmigt. Am 1. Juni ist dieses Gesetz in Kraft getreten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Pandemie und ihre wirtschaftlichen Folgen haben uns nicht nur in den Jahren 2020 und 2021 begleitet, sondern begleiten uns auch im Jahr 2022. Dies führt nach wie vor zu massiven Mindereinnahmen bei den Verkehrsunternehmen und Aufgabenträgern im Vergleich zum Stand vor der Pandemie. Gleichzeitig wird aber ein zuverlässiges und dauerhaftes Verkehrsangebot benötigt. Zur Sicherstellung dieses Verkehrsangebots ist die Unterstützung des Freistaats Bayern zwingend erforderlich. Die Verkehrsunternehmen benötigen jetzt die Planungssicherheit, um das Verkehrsangebot im Jahr 2022 aufrechtzuerhalten und die notwendigen Maßnahmen umzusetzen. Daher liegt es in der Mitverantwortung des Freistaats, die Verkehrsunternehmen finanziell in die Lage zu versetzen, ihr Angebot aufrechtzuerhalten.

In der Prognose für die pandemiebedingten Schäden des Jahres 2022 im ÖPNV hat der VDV im Jahr 2022 bundesweit pandemiebedingte Mindereinnahmen von rund 3,2 Milliarden Euro errechnet. Dies würde entsprechend den Erfahrungen aus den Jahren 2020 und 2021 für den bayerischen ÖPNV einen finanziellen Nachteil von ungefähr 677 Millionen Euro bedeuten. Nach den aktuellen Schadensprognosen zum Jahr 2022 werden die festgesetzten Bundesmittel nicht ausreichen, um diese Summe zu decken. Gemäß der Schadensprognose für dieses Jahr in Höhe von 3,2 Millionen Euro – ich habe es gerade schon erwähnt – müssten Bund und Länder jeweils ungefähr 1,6 Milliarden Euro übernehmen bzw. stemmen.

Das Regionalisierungsgesetz sieht allerdings nur einen Betrag von 1,2 Milliarden Euro zum Ausgleich pandemiebedingter Schäden für das Jahr 2022 vor. Der Bund begründet diesen geringeren Betrag mit der verminderten Einnahme bzw. mit dem Drei-Monats-Ticket, dem sogenannten 9-Euro-Ticket. Das weiß jeder. Damit begründet der Bund die Lücke zwischen dem ausgerechneten Betrag und dem tatsächlich eingestellten Betrag.

Aus unserer Sicht ist das falsch. Den Ansatz kann man so nicht akzeptieren. Eine Kürzung der Mittel für den ÖPNV-Rettungsschirm um einen Betrag, der drei Monaten entspricht, würde aus unserer Sicht dazu führen, dass die Schäden eben nicht voll ausgeglichen werden. Im kürzlich geänderten Regionalisierungsgesetz ist trotz erheblichen Widerstands der Länder und entgegen – das möchte ich an dieser Stelle betonen – der Meinung und der Empfehlung aller Experten keine Nachschusspflicht des Bundes vorgesehen. Es besteht lediglich eine Nachschussmöglichkeit. Wenn jedoch nur die Möglichkeit und keine Pflicht besteht, können Sie sich ausrechnen, wie der Finanzminister planen muss. Er muss eine Kostenplanung vornehmen, als würden die Mittel vom Bund nicht kommen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, diesen Umstand gilt es auf jeden Fall bei der Bezifferung der voraussichtlich notwendigen bayerischen Landesmittel zu berücksichtigen. Es ist also geboten, auch für das Jahr 2022 ergänzende Landesmittel bereitzustellen, um einen sicheren und verlässlichen ÖPNV aufrechtzuerhalten. Dafür stehen die Parteien der Regierung. Dafür steht die CSU. Wir bitten um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Danke schön, Herr Kohler. – Damit darf ich den nächsten Redner aufrufen. Das ist der Abgeordnete Dr. Markus Büchler von der Fraktion der GRÜNEN. Bitte schön, Herr Dr. Büchler.

Dr. Markus Büchler (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Kollege Kohler, lieber Jochen, selbstverständlich braucht der ÖPNV eine auskömmliche Finanzierung. Selbstverständlich müssen der Bund und die Länder zusammen die Einnahmeausfälle durch die Corona-Pandemie ausgleichen. Das ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Der Bund hat bisher Wort gehalten. Bisher haben auch die anderen Länder Wort gehalten. Bayern hat letztes Jahr Wort gehalten. Im Jahr 2020 ist Bayern jedoch das einzige Bundesland gewesen, das ausgeschert ist und nicht 100 % erstattet hat. Jetzt appelliert ihr deswegen dreist in eurem Antrag an die Staatsregierung. Im Jahr 2020 habt ihr bloß 90 % gezahlt. Das war eine ziemliche Katastrophe für

die Verkehrsunternehmen sowie für die kommunalen Aufgabenträger. Allein mein Landkreis ist wegen eurer 10-prozentigen Kürzung auf 2 Millionen Euro sitzen geblieben, die uns ziemlich wehgetan haben. Das habt ihr mit dem ÖPNV-Rettungsschirm gemacht. Jetzt wird gesagt, dass 100 % gezahlt werden sollen. Das ist für alle anderen und insbesondere für den Bund selbstverständlich. Das ist schon ziemlich scheinheilig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ihr zweiter Appell lautet, dass das doch bitte hälftig sein solle. Das muss selbstverständlich hälftig sein. Alle anderen 15 Länder haben das hälftig gemacht. Der Bund hat auch die Hälfte getragen, gezahlt und wieder zugesagt. Er wird sich auch wieder daran halten. Die Einzigen, die ausgeschert sind, war Bayern. Die Bayerische Staatsregierung hat nämlich im Jahr 2020 versucht, nur die Bundesmittel auszuführen und selber möglichst nichts dazuzugeben, bis euch der eigene Bundesminister auf die Füße gestiegen ist. Er hat gesagt: Ihr bekommt nur Geld, wenn ihr auch die Hälfte zahlt. So war es nämlich. Insofern ist die Zahlung der Hälfte eine Selbstverständlichkeit. Das brauchen Sie nicht zu beantragen, das können Sie einfach machen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Für den letzten Punkt in eurem Antrag, der das 9-Euro-Ticket betrifft, gilt das Gleiche. Die Zusage, dass das 9-Euro-Ticket vom Bund ersetzt wird, steht. Auf Cent und Euro kann der Bund die Kosten noch nicht beziffern, weil wir noch nicht wissen, was dieses großartige Experiment kosten wird. Es hat jedoch dazu geführt, dass der ÖPNV wirklich in aller Munde ist. Es sind 21 Millionen Tickets verkauft worden. Einen derartigen Verkaufserfolg im ÖPNV hat es noch nie gegeben. Der Bund wird das bezahlen. Was das genau kostet, weiß man, wenn das abgerechnet ist. Das wird der Bund machen, er wird das bezahlen. Dazu brauchen wir keinen Antrag. In der Sache ist der Antrag jedoch nicht falsch. Deshalb werden wir uns enthalten.

Interessanter wäre jedoch eine Diskussion über die zweite Stammstrecke in München gewesen. Die Baukosten betragen 7,2 Milliarden Euro – plus 9 Jahre und 4 Milliarden Euro. Darüber hätten wir eine spannende Debatte führen können. Stattdessen haben wir über Selbstverständlichkeiten gesprochen – schade!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Dr. Büchler. – Der nächste Redner ist Herr Abgeordneter Franz Bergmüller von der AfD-Fraktion. Bitte schön, Herr Bergmüller.

(Beifall bei der AfD)

Franz Bergmüller (AfD): Sehr geehrter Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst sage ich ein Wort zu Herrn Büchler. Wenn man es so betrachtet, ist das 9-Euro-Ticket ein großer Erfolg. Die Zielsetzung war vorher jedoch eine ganz andere. Die Pendler, die fahren müssen, sollten damit entlastet werden. Eine Nachbarin von meinem Schwiegervater, die 82 Jahre alt ist, verreist sonst nach Gran Canaria. Jetzt sagt sie: Das 9-Euro-Ticket nehme ich auch mit; ich spare mir ein Streifenticket, wenn ich in die Stadt fahre; das ist günstiger. – Für sie war das 9-Euro-Ticket gar nicht gedacht.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Das ist ein Urlaubs- und Tagesausflugsprogramm. Viele Leute bräuchten das Geld viel dringender, wenn sie zum Beispiel die Heizkostenabrechnung bekommen.

Die Verkehrsministerkonferenz in Bremen hat am 10.12.2021 das Problem ganz klar benannt. Die Fahrgastzahlen im gesamten ÖPNV gingen in der Pandemie unter anderem durch Homeoffice-Regelungen, weniger Freizeitangeboten und einer verstärkten Nutzung von Pkw und Fahrrad zurück und damit die Fahrgeldeinnahmen. Das ist vollkommen klar. Viele haben den ÖPNV aus Angst nicht mehr genutzt. Übereinstimmende Meinung war, dass Länder, Landkreise und Gemeinden das nicht alleine stemmen

können. Daher wurde das klare Bekenntnis des Bundes, den gemeinsamen Rettungsschirm des Bundes und der Länder auch im kommenden Jahr zu verlängern, begrüßt. In der Verkehrsministerkonferenz wurde jedoch ganz klar benannt, dass die Probleme auch im Jahr 2022 nicht weniger werden. Die Prognose lautete, dass die Nachfrage auch im Jahr 2022 erheblich unterhalb des Niveaus von 2019 liegen wird. Dass dies wieder zu erheblichen Mindereinnahmen führen wird, die ausgeglichen werden müssen, war also auch dem Bund durchaus bekannt. Die hälftige Aufteilung der notwendigen Mittel zwischen Bund und Freistaat muss selbstverständlich eingehalten werden. Das war schließlich auch so vereinbart.

Es ist schon klar, dass die Regierungskoalition im Bayerischen Landtag in dieser Hinsicht große Bedenken hat. Auch in der Vergangenheit hat der Bund schon Versuche gestartet, sich aus der Verantwortung zu stehlen und das Land auf den Kosten einfach sitzen zu lassen.

Wir haben eine klare Meinung zum 9-Euro-Ticket; wir haben sie mehrmals deutlich vorgetragen. Die Befürchtungen vieler Experten sind leider eingetroffen. Es kam teilweise zu Massenanstürmen auf den Bahnhöfen. Die Fahrgäste drängten sich dicht an dicht. Heute kam in "BR24" die Meldung, dass es immer mehr zu Verzögerungen kommt. Diese treffen dann auch die Berufspendler, die darunter leiden.

Besonders befremdlich ist dieser durch das Ticket künstlich erzeugte Ansturm, wenn man die rigiden Corona-Maßnahmen in Betracht zieht, die uns im kommenden Herbst wahrscheinlich wieder drohen, wie man einem Bericht von "InFranken" vom 22.06.2022 entnehmen kann, die wohl auch Bayern wieder treffen werden.

Nun gibt es das 9-Euro-Ticket vorerst für drei Monate zur finanziellen Entlastung aller Pendler, Reisenden und Bürger aufgrund einer nie dagewesenen Verteuerung von Benzin und Dieselmotorkraftstoff, die der stagnierenden Rohstoffversorgung wegen des Ukraine-Krieges geschuldet ist. Forderungen nach einer Verlängerung des Tickets machen bereits die Runde. Das empfinden wir von der AfD-Fraktion als nicht zielführend.

Die ständigen Lockdowns haben alle Bereiche der Wirtschaft geschädigt und viele praktisch an den Tropf der Subventions- und Rettungstöpfe gebracht. Genau darum müssen wir jetzt diesen Dringlichkeitsantrag behandeln. Unsere Anträge auf zügige Öffnung der Geschäfte, Öffnung der Gastronomie, Wiederherstellung der Marktkräfte, auf steuerliche Erleichterungen auf breiter Front, auf zügige Verbilligung von Energie und Kraftstoffen hätten zu einer echten und nachhaltigen Gesundung der Wirtschaft beitragen können.

Herr Büchler, ja, es ist richtig, dass Sie die enormen Kostensteigerungen beim Ausbau der zweiten MVV-Stammstrecke kritisieren. Es ist aber auch zu kritisieren, dass der Verkehrsminister Wissing hier Ihre Stadtregierung sozusagen im Regen stehen lässt und den Termin platzen lässt, sodass dann die Stadt München Angst hat, auf den Kosten sitzen zu bleiben. Für uns als AfD-Fraktion ist der Ausbau der Infrastruktur – insbesondere die zweite Stammstrecke – in erster Linie deshalb wichtig, damit die MVV-Erweiterung die Randgebiete anschließt. Im Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr sind kürzlich die Untersuchungen über die MVV-Erweiterung vorgestellt worden. Wichtig ist für die Zukunft, dass die Leute aus den Randgebieten um München herum auf den ÖPNV umsteigen können.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Abgeordneter Bergmüller, vielen Dank. – Die nächste Rednerin ist die Kollegin Inge Aures für die SPD-Fraktion. Frau Aures, bitte schön, Sie haben das Wort.

(Beifall bei der SPD)

Inge Aures (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Heute haben wir mal wieder einen typischen Antrag der CSU und der FREIEN WÄHLER, wie er immer wieder kommt und so formuliert ist, dass sich die Antragsteller selbst auffordern, endlich etwas zu unternehmen.

(Tobias Reiß (CSU): Nein, wir fordern durchaus den Bund auf!)

Alles, was eigentlich Selbstverständlichkeiten sind, wird dabei explizit noch einmal als großartiges Getue hingestellt. Deshalb will ich mich kurzfassen und mich auf einige Punkte beschränken.

Erstens, das Unterstützen der Aufgabenträger im ÖPNV. Ich sage: Das ist eine Selbstverständlichkeit. Mindereinnahmen auszugleichen, die coronabedingt natürlich im Jahr 2022 so wie im Jahr 2021 anfallen, müssen ausgeglichen werden. Das ist eine Selbstverständlichkeit.

Zweitens, die benötigten Mittel für den Schadensausgleich. Es gilt fifty-fifty für den Freistaat und Bund. Diese Mittel wie bisher beim Bund zu beantragen, ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit.

Drittens, Rettungsschirm 2022, die für die Kofinanzierung benötigten Landesmittel im Haushaltsvollzug als überplanmäßige Ausgaben im zuständigen Ausschuss bereitstellen. Ich frage Sie: Wo sonst als in dem zuständigen Haushaltsausschuss? – Das ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Wer sollte das denn sonst tun?

Viertens, prophylaktisch Anforderungen an den Bund zu stellen, weil eventuell dem Bund das Geld für den Ausgleich beim 9-Euro-Ticket ausgehen könnte, obwohl man gar nicht weiß, was das kostet, finde ich einen Schaufensterantrag.

(Beifall bei der SPD)

Im Übrigen muss ich ganz deutlich sagen: Die Staatsregierung – so argumentiert man ja immer selbst – arbeitet ja sehr fleißig. Deshalb frage ich Sie als Landtagsabgeordnete: Warum müssen Sie denn eigentlich die Staatsregierung dauernd zum Arbeiten auffordern? Die müssen doch eigentlich ohnehin arbeiten. Manchmal tun sie das auch; aber ich glaube, dass dieser Regierungsauftrag zu erfüllen ist.

Im Übrigen kann ich Ihnen noch auf den Weg geben: Sie zeigen immer mit dem Finger auf den Bund. Sprechen Sie doch mal Ihre Bundestagsabgeordneten von der CSU an.

Bringen Sie die mal auf Vordermann. Wenn Sie irgendetwas brauchen, was in den Bundestag gehört, brauchen wir das nicht im Landtag zu behandeln. – Das war's.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Frau Abgeordnete Aures, vielen Dank. – Der nächste Redner ist der Abgeordnete Sebastian Körber für die FDP-Fraktion. Herr Abgeordneter Körber, bitte schön.

Sebastian Körber (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren. Dieser Antrag beweist mal wieder, dass man es als CSU, als Staatsregierung doch immer wieder schafft, sein eigenes verkehrspolitisches Niveau zu unterschreiten. Es ist wirklich bemerkenswert, der Verkehrsminister ist ja nicht da. Ich dachte immer, er ist dafür zuständig. Vielleicht muss er seine Scherben von der Stammstrecke, die heute hinterlassen worden sind, einsammeln. Aber davon werden wir sicherlich bald hören.

(Zuruf des Abgeordneten Tobias Reiß (CSU) – Zuruf des Abgeordneten Andreas Winhart (AfD))

Der Freistaat hat keine Verantwortung übernehmen wollen. Stattdessen wird jetzt wieder mit dem Finger nach Berlin gezeigt. Herr Staatsminister Herrmann, das kennen wir.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Zu welcher Partei gehört denn Herr Wissing?)

Immer schön mit dem Finger nach Berlin zeigen. "Gebt uns mehr Geld" ist die Devise, die von der Staatsregierung kommt. Das ist äußerst dünn und äußerst bedauerlich. Vielleicht informieren Sie sich mal, wer für den öffentlichen Personennahverkehr, um den es in Ihrem Antrag geht, zuständig ist. Das ist seit Mitte der Neunzigerjahre eine Ländersache. Ich kann Ihnen da gerne helfen. Auch der Bundesrechnungshof hat bereits mehrfach moniert, dass die Bundesmittel auch nicht zweckentfremdet werden dürfen. Ich weiß, Sie tun sich immer schwer mit solchen unabhängigen und neutralen

Instanzen. Das haben Sie, Kollegen von der CSU-Fraktion, hier ja schon oft bewiesen und entsprechend kommentiert. Der Bund sollte ja lediglich einen Finanzierungsbeitrag leisten und keine Vollfinanzierung, wie die CSU das gerne hätte.

Ich gehe gerne natürlich auf Ihre vier Punkte ein, die Sie konkret ansprechen. Ich kann mich aber im Wesentlichen den Ausführungen der Kollegin Aures und des Kollegen Bächler anschließen. Im Koalitionsvertrag der Bundesregierung steht auf Seite 39 geschrieben – ich zitiere, dann können Sie es sich noch einmal vor Augen führen –: "2022 werden wir die pandemiebedingten Einnahmeausfälle wie bisher ausgleichen." Im Gegensatz zur Bayerischen Staatsregierung kommt der Bund natürlich seinen Pflichten nach.

Es ist schön, wenn der Kollege Kohler hier irgendwelche Lobhudeleien loslässt. Aber das Jahr 2020 ist ja entscheidend. Damals hat es die Verkehrsunternehmen am härtesten getroffen. Welches einzige Bundesland hat sich erdreistet, keine 100 %, sondern nur 90 % zu zahlen? – Der Freistaat Bayern. Er ist seinen Verpflichtungen nicht nachgekommen. Sie verweisen jetzt auf die anderen Jahre, ja gut, ist geschenkt. Aber das ist natürlich wieder eine Themaverfehlung.

Sie haben als zweiten Punkt eine paritätische Aufteilung gewünscht. Ja, das kann man sich wünschen. Ich gebe Ihnen in Ergänzung zu den Ausführungen des Kollegen Bächler gerne die Zahlen – das hilft manchmal –: Im Jahr 2020 hat der Bund 509 Millionen Euro von 637 Millionen Euro übernommen. Das heißt, der Freistaat hat gerade mal 20 % gezahlt. Kollege Kohler stellt sich für die CSU-Fraktion hin und fordert 50 %. Das ist eine Differenz von 30 %. Lieber Kollege Kohler, das hätte man gerne machen können. Wer hat das nicht gemacht? – Der Freistaat Bayern. Die verkehrspolitischen Äußerungen und Forderungen, die Sie heute mal wieder an den Tag legen, sind wirklich dürftig.

Der dritte Punkt ist folgerichtig. Da könnte man jetzt auch zustimmen, würde man nicht diesen ganzen anderen Unsinn drinstehen haben.

Der vierte Punkt: Die Bundesregierung kommt ja jetzt vollends auch für das 9-Euro-Ticket auf. Das ist eine gute Marketingmaßnahme gewesen, um einfach mal Bürgerinnen und Bürger für den ÖPNV zu begeistern.

(Zuruf der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel (CSU))

Ich gebe Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU-Fraktion, mal ein Beispiel: Eine Umfrage des Forsa-Instituts hat gezeigt, dass das 9-Euro-Ticket bei 89 % der Leute sehr gut ankommt. Das ist eine aktuelle Erhebung. Ich freue mich jedenfalls über die Reaktionen, die mir zugesandt werden. Eine fünfköpfige Familie aus Oberfranken hat mir kürzlich eine E-Mail geschrieben, meine sehr verehrten Damen und Herren: Aufgrund des 9-Euro-Tickets könnten sie es sich überhaupt erst leisten, zu fünft mal wieder einen Urlaub zu machen. Das ist also sogar etwas, was den Bürgerinnen und Bürgern etwas Positives geben kann, sodass beispielsweise eine fünfköpfige Familie wieder mal Urlaub machen kann. Ich spüre jetzt gerade in der CSU-Fraktion die brutale soziale Kälte, über die ich mich sehr wundere; denn Sie gönnen es diesen Menschen anscheinend nicht, dass ein 9-Euro-Ticket auch schön angenommen wird.

Sie sind hier weiter verkehrspolitisch im Blindflug unterwegs. Mittlerweile haben wir den vierten Verkehrsminister. Auch dieser hat noch nichts zuwege gebracht. Ich denke, dass sich jetzt gleich irgendein Staatsminister hinstellt – der Verkehrsminister ist nicht da, ich denke, dass es der Finanzminister macht – und sagt: Der Bund muss mehr Geld geben. Das Lied können wir singen, bevor Sie Ihre Rede halten. Ich kann sie Ihnen zusammenfassen: Sie werden mehr Geld fordern. – Vielen Dank, das lehnen wir ab.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich beim Abgeordneten Körber und darf als nächsten Redner von der Fraktion der FREIEN WÄHLER Herrn Abgeordneten Hans Friedl aufrufen. – Herr Kollege Friedl, Sie haben das Wort.

Hans Friedl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte Ihnen die Beweggründe für diesen Dringlichkeitsantrag näherbringen, den wir gemeinsam mit unserem Koalitionspartner heute zum Plenum eingebracht haben.

Schon oft haben wir an dieser Stelle über den ÖPNV beraten, und das aus gutem Grunde. Ein funktionierender ÖPNV – und ich weiß, verbessern kann man Systeme immer – ist gerade in den Ballungsräumen unerlässlich und nicht mehr wegzudenken. Ja, wir müssen uns auch über den ÖPNV im ländlichen Raum Gedanken machen. Auch Themen wie Barrierefreiheit dürfen wir nicht aus den Augen verlieren. Heute ist aber ein anderer Themenbereich, der ebenso als grundlegend angesehen werden muss, Gegenstand dieses Antrags: die gesicherte Finanzierung des ÖPNV. Gerade hier hat uns Corona weiter fest im Griff. Die Pandemie – wie schnell vergessen wir die Einschränkungen noch in diesem Frühjahr – bewirkt immer noch Mindereinnahmen bei den Verkehrsunternehmen und den Kommunen als Aufgabenträgern. Auch wenn wir gerade auf der Nachfrageseite wegen des 9-Euro-Tickets einen Run erleben, so sind die Fahrgastzahlen bereinigt noch nicht wieder auf Vor-Pandemie-Niveau. Damit die Bürger in Bayern auf einen verlässlichen ÖPNV zählen können, muss nicht nur der Freistaat seine Hausaufgaben machen – ich weiß, ihr könnt es nicht mehr hören –, sondern auch der Bund. Er hat zwar die Grundlagen gelegt, aber wie sich die Lage darstellt, reichen die bereitgestellten Mittel nicht aus, um den 50-prozentigen Anteil zu finanzieren, wenn man den Prognosen der Mindereinnahmen Glauben schenkt. Hier muss im Zweifelsfall natürlich auch Bayern Mittel nachschießen.

Kommen wir nun zum 9-Euro-Ticket. Für den Fall, dass sich der Run die nächsten beiden Monate verstetigt und die Gegenfinanzierung des Bundes nicht ausreicht, sollten wir uns schon jetzt in Berlin für eine entsprechende Mittelaufstockung einsetzen. Das ist Für- und Vorsorge im besten Sinne.

Mit den Schwierigkeiten bei der zweiten Stammstecke bzw. den Verzögerungen, die heute angesprochen worden sind, werden wir uns sicherlich in einer der nächsten Ausschusssitzungen oder Plenarsitzungen zu beschäftigen haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Friedl. Es liegt noch eine Wortmeldung des Finanzministers vor. Ich darf Herrn Finanzminister Füracker aufrufen. – Bitte schön, Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Hohes Haus, Herr Präsident! Der Vorredner hat es gesagt: Irgendein Minister wird schon sprechen. Es gibt halt auch Minister, die mal nicht anwesend sein können, und dann vertreten andere Minister die Minister, die nicht anwesend sein können. Es gibt auch noch Amtsgeschäfte zu erledigen. Deswegen dem Herrn Kollegen Bernreiter sozusagen abzusprechen, dass er gerne gekommen wäre, ist ziemlich skurril. Im Übrigen: Wenn einer schon mal weiß, was ich jetzt alles sagen werde, ist es auch gut. Ganz so monosynaptisch, wie Sie das darstellen, sind wir nicht unterwegs. Das kann ich Ihnen versichern.

(Beifall bei der CSU – Heiterkeit der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel (CSU))

Mit der unendlichen Weisheit der FDP, die in Berlin nichts zu sagen hat, nicht zu Wort kommt, muss man sich hier im Landtag abarbeiten in einer Art und Weise, dass man glaubt, alles zu wissen. Sie brauchen dann ja nicht mehr zuzuhören. Es wird da sicher auch keine Frage dazu kommen. Aber eines sage ich Ihnen schon: Wenn das so selbstverständlich ist – ich glaube, Frau Aures hat es gesagt, und es ist richtig –, dann hätten wir hier gar nicht zu reden brauchen. Es wäre selbstverständlich gewesen, uns wenigstens irgendwann im ersten Halbjahr einmal zu sagen, was man denn für den ÖPNV-Rettungsschirm zu zahlen bereit ist, nicht monatelang verhandeln zu müssen mit dem Bund, bis man überhaupt ein bisschen kriegt, um dann von 677 Millionen Euro 254 Millionen Euro angeboten zu bekommen und ein Gesetz zum 1. Juni.

Bei der Debatte um den Haushalt wurde mir hier gesagt, wir wären zu spät dran. Wenn wir zu spät dran sind mit unseren Haushalten in Bayern, dann müsst ihr Ampel-Freunde alle mal nach Berlin fahren und denen erklären, wie man einen Haushalt macht. Die sind deswegen so spät dran, weil sie gar nicht mehr genau wissen, welche Haushalte sie noch erfinden sollen: Normalhaushalt, Nachtragshaushalt, Ergänzungshaushalt, Sondervermögen – alles neue Euphemismen für Schulden. Das ist Haushaltspolitik in Berlin – ein einziges Chaos. Deswegen: Kümmert euch mal um das, was in Berlin geschieht, bevor ihr uns hier belehrt!

(Beifall bei der CSU)

Hätten wir die klare Zusage gehabt – –

(Zuruf des Abgeordneten Matthias Fischbach (FDP))

– Jetzt kommt der Herr Fischbach, der auch in Berlin den Einfluss vermisst und sich deswegen hier verkehrspolitisch austobt.

(Zurufe des Abgeordneten Matthias Fischbach (FDP) – Gegenruf der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel (CSU))

Darf ich jetzt wieder, oder was?

Erster Vizepräsident Karl Freller: Das Wort hat der Herr Finanzminister.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Hätten Sie sich in Berlin lieber um eine Zusage des Bundes gekümmert, dann stünde es schon im Haushalt, und wir bräuchten uns heute nicht darüber zu unterhalten, dass wir dem Haushaltsausschuss 380 Millionen Euro – 380 Millionen Euro! – als überplanmäßige Ausgabe vorlegen müssen, weil der Bund nicht bereit ist, die Hälfte zu finanzieren.

Das ist ein sehr guter Antrag; ich danke ausdrücklich dafür. Die Lage ist angespannt bei den Verkehrsunternehmen; das wissen wir. Dass jetzt bei 677 Millionen Euro fehlenden Geldern der Bund 254 Millionen Euro anbietet, führt dazu, meine Damen und

Herren, dass wir ein Nachsteuern im Sinne dessen beantragen, dass wir die Aufteilung fifty-fifty machen. Wenn wir nämlich nur 254 Millionen Euro kriegen, zahlen wir in Bayern 423 Millionen. Ich will das all denen bloß mal sagen, die immer reden, dass Bayern irgendeiner Verantwortung nicht nachkommen würde.

Wissen Sie, von wem ich am allerwenigsten Belehrungen brauche, was Bayern alles zu zahlen hat? – Das sind diejenigen, die in Ampel-Verantwortung in Berlin sind. Ich könnte Ihnen mal eine Stunde hier einen Vortrag halten, was wir während der Pandemie alles bezahlt haben, wo sich der Bund aus dem Staub gemacht hat, zum Beispiel bei der Gewerbesteuererstattung 2021.

(Zuruf)

Das hat der Freistaat Bayern getan, weil es der Bund abgelehnt hat. Da ging es um Hunderte Millionen Euro.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Lachen des Abgeordneten Matthias Fischbach (FDP) – Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Die Ampelianer im Bund streiten wie die Kesselflicker. Deswegen ist es schön, wenn Sie hier im Landtag glauben, uns von den Defiziten ablenken zu können, die Sie dort mitverantworten.

1,2 Milliarden Euro wird der Freistaat Bayern für den ÖPNV bezahlt haben, wenn diese 380 Millionen Euro bezahlt sind – 1,2 Milliarden! Da brauche ich wirklich keine Belehrungen Ihrerseits. Das können Sie sich wirklich sparen.

Wir haben hier getan, was zu tun war, und wir fordern jetzt zu Recht ein, was der Bund tun muss; denn Geld ist in Berlin offensichtlich genügend da. Offensichtlich ist genügend da. Die Frage ist, wofür man es ausgibt. Das 9-Euro-Ticket, hoch gelobt und wunderbar: Verlängern Sie es doch gleich das nächste Jahr! Der Bund übernimmt hundert Prozent, wunderbar; das habe ich gerade gehört; da hat ein Herr gesprochen,

der weiß, dass der Bund das sicher machen wird. Danke für die Zusage! Ich werde es Lindner und Olaf Scholz und allen, die dort Verantwortung tragen, sagen, dass die GRÜNEN in Bayern das fest zugesagt haben. Ich möchte das schriftlich haben, dann glaube ich es.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wissen Sie, ich habe jetzt auch immer wieder gehört, dass die SPD in Bayern zusätzliche Entlastungen fordert, weil wir angeblich keine Entlastungen hätten. Bei den Entlastungspaketen, die in Berlin beschlossen wurden, wurden wir als Bundesländer nicht einmal gefragt, ob wir das gut finden, dass man zum Beispiel 300 Euro Energiegeld zahlt, mit Ausnahme an Rentner und Studenten und sonstige Menschen, dafür aber an Minister und sonstige Leute, die es sich auch ohne leisten könnten. Da sind wir nicht gefragt worden. Die Administration alleine dieses Energiegelds bedarf der Änderung oder Ergänzung von elf Einkommensteuerparagrafen. Das ist die Entbürokratisierung des Jahres der Ampel im Bund.

(Zuruf der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayer (SPD))

Dann auch noch zu fordern

(Zuruf des Abgeordneten Arif Taşdelen (SPD))

– hör‘ zu, was ich dir sage! –, wir sollten extra in Bayern noch ein Entlastungspaket schnüren,

(Arif Taşdelen (SPD): Für bayerische Bürgerinnen und Bürger!)

weil Herr von Brunn gelesen hat, dass die Steuerschätzung 1,9 Milliarden Euro Mehreinnahmen ergeben hat. Erklären Sie ihm bitte, wenn Sie ihn mal wieder treffen, dass ein Unterschied ist zwischen einer Schätzung und dem, was am Jahresende wirklich kommt.

Dann erklären Sie ihm noch etwas: dass die Entlastungspakete der Ampel, die dort beschlossen wurden, alleine dem Freistaat Bayern über eine Milliarde Euro weniger Steuereinnahmen bringen werden im Jahr 2022.

(Arif Taşdelen (SPD): Für bayerische Bürgerinnen und Bürger!)

– Entschuldigung, ihr behauptet wahrheitswidrig – –

(Arif Taşdelen (SPD): Nein!)

– Doch! Ihr behauptet wahrheitswidrig, dass wir nicht bereit wären, die Bürgerinnen und Bürger mit bayerischem Geld zu entlasten. Wir machen das mit über einer Milliarde Euro aufgrund der Beschlüsse, die in Berlin gefasst wurden. Dann darf ich mir von Herrn von Brunn anhören, wir wären nicht bereit, bayerische Bürger zu entlasten. Das ist einfach nicht wahr. Was hier gesagt wird, ist einfach nicht wahr.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Alexander König (CSU): Da muss man rechnen können, um das zu verstehen! – Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

– Junger Mann, Sie sollten bei der Wahrheit bleiben, bevor Sie hier dazwischenschreien. Der Freistaat Bayern entlastet die Bürgerinnen und Bürger massiv.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Nein, die Ampel entlastet! Ihm geht nur das Geld ab!)

Hätte die Ampel in Berlin auf uns gehört, hätten wir gemeinsame –

(Unruhe)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Das Wort hat der Herr Minister.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): – Entlastungspakete geschnürt, die sogar noch mehr gekostet hätten.

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): Reden kann er, selber macht er nichts!)

Dazu wären wir auch bereit gewesen. Diese Entlastungspakete wären gerecht gewesen und hätten die Menschen nicht, wie Sie es machen, benachteiligt. Sie sind die Benachteiligten von Rentnern, von den Ärmsten in der Gesellschaft. Das ist Ampel.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Tanja Schorer-Dremel (CSU):
Bravo! – Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE) – Dr. Simone Strohmayr (SPD): Was macht ihr denn?)

Deswegen ist es richtig, dass Sie Ihre Streitigkeiten in Berlin austragen und dafür sorgen, dass wir das Geld, das Bayern für die Entlastung im Bereich ÖPNV zusteht, bekommen. 254 Millionen sind zugesagt. Das ist bei Weitem nicht die Hälfte.

Ich danke insofern für diesen Antrag und für den Beschluss. Ich freue mich auch, dass der Haushaltsausschuss bereit ist, im Sinne des Beschlusses der Konsultation diese überplanmäßige Ausgabe, die mit 380 Millionen Euro sehr schwerwiegend ist, zu genehmigen. Für einen Nachtragshaushalt ist keine Zeit, weil die Antragsfrist für diese Gelder natürlich Ende September abläuft. Deswegen: Danke allen, die zustimmen.

Beweisen Sie, dass Sie für den bayerischen ÖPNV, für die bayerischen Menschen, für den bayerischen Haushalt viel tun und hier nicht nur reden. Fahren Sie nach Berlin, erklären Sie Ihren Parteifreunden, dass das, was der bayerische Finanzminister hier gesagt hat, richtig ist und gemacht werden muss!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Wir haben drei Meldungen zu Zwischenbemerkungen zur Rede des Herrn Staatsministers. – Herr Abgeordneter Bergmüller, bitte beginnen Sie.

Franz Bergmüller (AfD): Sehr geehrter Herr Finanzminister Füracker, 380 Millionen überplanmäßige Ausgaben haben Sie jetzt beim 9-Euro-Ticket erwähnt.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Nein, ÖPNV-Rettung.

Franz Bergmüller (AfD): Entschuldigung, gerade in dem Zusammenhang. – Ich sage jetzt mal: 9-Euro-Ticket vergeht, Stammstrecke besteht.

Der Ausbau des Münchner Verkehrsverbundes hängt auch an der zweiten Stammstrecke, wie ich vorhin erwähnt habe. Dies ist langfristig wichtiger, damit Bürger aus den Umlandgemeinden überhaupt sinnvoll auf den ÖPNV umsteigen können. Wie viel ist beim Freistaat Bayern bei dieser prekären Preissteigerung noch drin, dass wir dieses zurzeit wichtigste Verkehrsprojekt – im Bahnbereich ist das meines Erachtens das wichtigste Verkehrsprojekt – durchführen? An Sie als Finanzminister: Wie viel können wir uns als Freistaat ungefähr noch leisten, dass wir die Preissteigerung auffangen? – Als Freistaat sind wir auch mit für die gesamte Infrastruktur dabei.

Erster Vizepräsident Karl Feller: Danke. – Bitte schön, Herr Minister.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Ich bin nicht Verkehrsminister und da nicht im letzten Detail sachkundig.

(Franz Bergmüller (AfD): Aber Finanzminister!)

Ich weiß aber, dass die zweite Stammstrecke kein Projekt des Freistaates Bayern ist. Diejenigen, die das tragen, müssen jetzt einmal sagen, was es kostet. Dass der Bund seinen Finanzierungszusagen natürlich im Verhältnis gerecht werden muss, ist auch logisch.

Dass das 9-Euro-Ticket dazu führt, dass man Menschen drei Monate entlastet und dazu animiert, ÖPNV zu nutzen, ihnen ermöglicht, mal – wie einer der Vorredner gesagt hat – in den Urlaub zu fahren, ist eine wunderbare Geschichte. – Das kostet Milliarden, bringt strukturell aber nichts.

Ich bin gespannt, was diejenigen, die das 9-Euro-Ticket so gut finden, sagen, wenn es ausläuft.

(Zuruf des Abgeordneten Tim Pargent (GRÜNE))

Ob dann der Bund, die Ampel, bereit ist, das für die Menschen zu verlängern, die sich alle angeblich so sehr auf den ÖPNV gefreut haben, wird eine spannende Frage werden. Ich bin dann wirklich sehr Ohr, was man dann wieder als Ausrede erzählt, warum man das jetzt nicht mehr verlängern kann.

Ich gehe aber davon aus, dass das Thema zweite Stammstrecke ohnehin zu gegebener Zeit diskutiert wird.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. – Die nächste Zwischenbemerkung macht hat der Kollege Sebastian Körber von der FDP-Fraktion. Bitte schön, Herr Körber.

Sebastian Körber (FDP): Herr Staatsminister Füracker, vielen Dank für die sicher sehr wertvollen Ratschläge, die Sie nach Berlin gesendet haben, insbesondere – wie bereits vorher vermutet – mehr Geld zu geben.

Ich habe mal eine ganz konkrete Frage – Sie sind ja der bayerische Finanzminister – zu Ihrem bayerischen Haushalt im Jahr 2020. Vergleichsweise hat die Regierung in Nordrhein-Westfalen im gleichen Zeitraum nicht 100 %, sondern sogar mehr bezahlt. Die haben nämlich die ganzen Hygienemaßnahmen, die gemacht werden mussten – Trennwände, zusätzliche Reinigungen etc. –, zusätzlich zu den 100 % zusätzlich bezahlt. Der Freistaat hat nur 90 % bezahlt. Das ist Ihr Haushalt. Vielleicht können Sie uns noch einmal kurz erklären, warum der Freistaat denn in der härtesten Situation, die alle Verkehrsunternehmen jemals hatten – die Corona-Zeit –, nur 90 % bezahlt hat. Was gibt es denn da für einen Grund?

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Der Freistaat Bayern hat in der härtesten Zeit, die es jemals gab, am meisten, an alle am meisten bezahlt. Wir haben in Bayern allein 4 Milliarden Euro Schulden gemacht, damit wir die Kommunen ordentlich durch diese Pandemiesituation bringen konnten. Wir haben im ÖPNV, wir

haben für die Gewerbesteuererstattung, wir haben im Bereich der Kinderbetreuung, für die medizinische Versorgung, für die Katastrophenschutzrüstung, die es gegeben hat, nichts verlangt.

Herr Körber, ich habe Berlin keine Tipps gegeben. Sie haben doch nicht zugehört.

(Sebastian Körber (FDP): Bitte eine konkrete Antwort!)

Ich habe Ihnen gesagt, was Sie, statt hier die Backen aufzublasen, in Berlin tun sollten. Sie können dort dafür sorgen, dass alles das, was Sie sich vorstellen, in Erfüllung geht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. – Die letzte Bemerkung kommt noch vom Kollegen Arif Taşdelen. Bitte.

Arif Taşdelen (SPD): Lieber Herr Staatsminister Füracker, lieber Albert! Ich habe ja Verständnis dafür, dass es wehtut, dass ihr in Berlin nicht mehr mitregiert. Ihr habt aber in den letzten Monaten auch gezeigt, welche Prioritäten ihr gesetzt habt – insbesondere bei der Maskenbeschaffung und allem, was um Corona herum war.

Herr Ministerpräsident Söder und auch viele CSU-Ministerinnen und -Minister haben in diesem Hohen Haus – der Herr Ministerpräsident eher auf Volksfesten und weniger hier im Hohen Haus – immer deutlich gemacht, dass sich der Bund an der Krise bereichert und dass das Geld bei den Leuten ankommen muss.

Wir haben jetzt eine Steuerschätzung von plus 1,9 Milliarden Euro. Diesen Beitrag leisten bayerische Bürgerinnen und Bürger. Wir als SPD-Fraktion wollen ihnen in dieser schwierigen Zeit das Geld auch ein Stück weit zurückgeben. Da sagt der bayerische Finanzminister: Nein. – Vom Bund fordert er, er selber sagt aber Nein.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bitte, Herr Minister.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Ich weiß auch nicht, warum man da nicht zuhört. – Die Maßnahmen des Bundes zur Entlastung, die man jetzt beschlossen hat, kosten dem Freistaat Bayern deutlich über 1 Milliarde Steuereinnahmen in 2022. Die 1,9 Milliarden Euro sind eine Schätzung, die hat noch niemand.

Dass die Haushaltspolitik der SPD lieber mit Schätzungen als mit der Realität arbeitet, haben wir ja in Berlin erlebt. Wir haben ja erlebt, was Olaf Scholz, solange er Finanzminister war, jahrelang gemacht hat. Deswegen kann ich nur sagen:

(Zuruf des Abgeordneten Arif Taşdelen (SPD))

Wir sind bereit. Wir wären in Bayern sogar zu mehr Entlastungen bereit gewesen, hätte die Ampel die Entlastungen, die wir vorgeschlagen haben, mitgetragen. Die Bürgerinnen und Bürger wären bei der Energieentlastung und der Stromsteuerentlastung weit mehr begünstigt worden.

Wir zahlen für etwas mit, was ihr beschlossen habt.

(Zuruf des Abgeordneten Arif Taşdelen (SPD))

Wir wollten das nicht, weil das ungerecht ist. Ihr benachteiligt durch eure Entlastungspakete den kleinen Mann. Ihr begünstigt mich. – Das ist doch euer Versagen.

Ich sage auch: Ich bin, wenn ich nach Berlin schaue, am traurigsten darüber, wie diese Ampel dort dilettiert. Das macht traurig, nicht, dass wir nicht mehr regieren. Es ist für dieses Land schade, dass nicht mehr wir regieren, sondern eine Ampel, die nicht regiert, sondern nur von Krise zu Krise stolpert.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zurufe von den GRÜNEN:

Oje! – Gülseren Demirel (GRÜNE): Gerade die CSU-Minister!)

Erster Vizepräsident Karl Feller: Vielen Dank. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, damit ist die Aussprache geschlossen; denn weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Das heißt: Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER auf Drucksache 18/23381 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der CSU und der AfD sowie die beiden fraktionslosen Abgeordneten Klingen und Bayerbach. Wer ist gegen diesen Antrag? Ich bitte um ein Handzeichen. – Das ist die Fraktion der SPD und der FDP sowie die beiden fraktionslosen Abgeordneten Swoboda und Plenk. Dann frage ich: Wer enthält sich der Stimme? – Das ist die komplette Fraktion der GRÜNEN. Damit ist der Antrag angenommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen – – Moment!

(Zurufe)

– Einen haben wir noch.

(Zurufe)